

CDU-Ortsverband Rheinbreitbach



Rheinbreitbach, 1. März 2011

Presseerklärung

Nagel: „Rheinbreitbach ist das Stiefkind der SPD-Regierung“

Profitlich: Land entzieht der Schul-Mensa die finanzielle Grundlage

Rheinbreitbach. Rheinbreitbach wird bei der Förderpolitik des Landes nach Auffassung der CDU massiv benachteiligt. „Während andernorts für Prestigeprojekte Millionen ausgegeben werden, ist Rheinbreitbach das Stiefkind der SPD-Landesregierung“, kritisierte der CDU-Vorsitzende Andreas Nagel bei der gestrigen Sitzung der CDU-Fraktion. Die Förderung der geplanten Mensa der Gebrüder-Grimm-Schule bleibe weit hinter den zunächst in Aussicht gestellten Beträgen zurück. Hinzu komme die Kürzung der Landesmittel für die Drieschweg-Anbindung der Stadt Bad Honnef über Rheinbreitbacher Gebiet an die Bundesstraße 42, beanstandeten Nagel und Fraktionschef Heinz-Josef Profitlich.

Beim Grundsatzbeschluss für den Bau der Mensa im Oktober 2009 sei der Gemeindeanteil noch mit 124.000 Euro kalkuliert worden. Demgegenüber solle die Gemeinde nach der Rechnung vom Dezember 2010 das Zweieinhalbfache, nämlich 307.000 Euro bezahlen, rechnete Profitlich vor. Der Grund: Das Land hat die vorgesehenen Zuschüsse zusammengestrichen, indem es einen großen Teil der Baukosten nicht als förderfähige Kosten für die Ganztagschule anerkennt.

Das empört nicht nur die CDU. Der Gemeinderat ist sich einig, dass der gesamte Anbau an die vor wenigen Jahren modernisierte und erweiterte Grundschule nur erforderlich ist, um die Anforderungen an eine Ganztagschule zu erfüllen. Der Rat hatte daher Ortsbürgermeister Karsten Fehr gebeten, in Verhandlungen mit der zuständigen Landesbehörde die Zusage für den vollständigen Zuschuss zu erreichen.

Herausgekommen ist das Gegenteil: Der ohnehin zusammengestrichene Förderbetrag wird nach dem Bescheid des Landes nun nur noch zur Hälfte – verteilt auf die Jahre 2011 und 2012 - zugesagt. Die andere Hälfte, immerhin 300.000 Euro, wird nur noch vage für den Sankt-Nimmerleins-Tag in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wird die „Förderzusage“ an die Bedingung geknüpft, dass innerhalb von sechs Monaten gebaut und seitens der Gemeinde eine solide Gesamt-Finanzierung nachgewiesen wird.

Damit verbinde das Land seine halbherzige Förderzusage auch noch mit Auflagen, die die Gemeinde kaum erfüllen könne, monieren die Rheinbreitbacher

Christdemokraten. „Wie soll die hoch verschuldete Gemeinde eine solide Finanzierung gewährleisten, wenn das Land die vorgesehenen Zuschüsse verweigert und auf der anderen Seite die Kommunalaufsicht schon jetzt die Genehmigung von Krediten verweigert?“ so Profitlich. Nach seiner Auffassung „entzieht die Landesregierung damit der Schul-Mensa die finanzielle Grundlage und schiebt den Schwarzen Peter nach Rheinbreitbach“. Das sei „unredlich und unseriös“.

Nagel forderte Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) auf, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen und die erforderlichen Gelder für den Bau Mensa umgehend zur Verfügung zu stellen. „Wer Hunderte Millionen Euro für fragwürdige Freizeiteinrichtungen am Nürburgring oder ein Schloßhotel in der Pfalz ausgibt, der darf nicht an den Rheinbreitbacher Kindern sparen, zumal das Land dabei großzügig von der Bundesregierung unterstützt wird“, betonte der CDU-Ortsvorsitzende.

Für die Kürzung der Mainzer Zuschüsse für die neue Drieschweg-Anbindung um über 100.000 Euro müsse die Stadt Bad Honnef aufkommen, erläuterte Profitlich. Nach einem Vertrag, den die frühere Rheinbreitbacher Ortsbürgermeisterin Ulrike Jossen (CDU) mit der Nachbarstadt ausgehandelt hatte, übernimmt Bad Honnef die Kosten für den die Landesgrenze überschreitenden Anschluss der Stadt an die Bundesstraße 42. Rheinbreitbach reicht im Gegenzug die Fördermittel des Landes Rheinland-Pfalz an Bad Honnef weiter. „Die Kürzung des Zuschusses aus Mainz zu dem Straßenbauprojekt muss daher von der Stadt Bad Honnef aufgefangen werden, die darüber mit Recht ebenfalls erbost ist“, fügte Profitlich hinzu.